



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETE

PETRA L. GUTTENBERGER

Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Verfassung,
Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Fürth, 08. Juni 2010

PRESSEERKLÄRUNG

Fairer Umgang mit der Pfisterschule

Diesen fordert Petra Guttenberger, Landtagsabgeordnete der CSU.

In einem Schreiben an Herrn Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle wünscht Guttenberger Aufklärung darüber, weshalb seitens der Schule und der Schulbehörde Schreiben an die Eltern im Sprengel der Pfisterschule versandt wurden, die den Eindruck erweckt haben, dass die Pfisterschule geschlossen werde und eine Anmeldung daher nicht mehr möglich sei.

Dies sei, so Guttenberger nach der Auskunft aller Betroffenen, insbesondere des Elternbeirates, im März geschehen, noch bevor ein Schließungsverfahren hinsichtlich der Pfisterschule eingeleitet wurde. Die Anhörungsfrist endete erst Mitte Mai.

Besonders brisant sei in diesem Zusammenhang, dass einerseits die Stadelner Hauptschule massiv nach Schülerinnen und Schülern ringt und um diese wirbt, während eine Hauptschule, die bislang zweizügig geführt wurde und auch in Zukunft geführt werden könne, geschlossen werden soll.

Nach dem Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz ist eine Schulschließung erst möglich, wenn dies durch die Regierung von Mittelfranken nach Durchführung eines Anhörungsverfahrens, in dem nochmals alle Argumente für Erhalt und Schließung vorgebracht werden können, so entschieden wird.

Das Schreiben vom März an die Eltern ignoriert offensichtlich – wie von den Eltern durch Vorlage des Schreibens dargelegt – die Rechtslage völlig. Dort heißt es, dass die Pfisterschule am Ende des Schuljahres geschlossen werde und der entsprechende Beschluss am 26.02.2010 gefasst worden sei. Neben Rektor und Konrektorin zeichnen für das Schreiben auch die Schulamtsdirektorin und der zuständige Schulrat verantwortlich.

„Es kann nicht angehen, dass vor Abschluss des gesetzlichen Verfahrens quasi unumkehrbare Fakten geschaffen werden und das rechtliche Verfahren zur Farce deklariert wird“, betont Guttenberger.

Von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle erbittet sie nun Aufklärung bezüglich dieses Vorgangs.